

# metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg

Nr. 10 - Oktober 2007

**IG Metall fordert Rahmenbedingungen für flexiblen Altersübergang**

## Die Politik muss handeln!

### Die Fakten:

Rente nach Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit ist schon heute für Neuzugänge nicht mehr möglich. Nur noch langjährig Versicherte kommen ab 63 in die Rente. Wer vorher in die Rente will, oder die Versicherungsjahre nicht hat, ist heute auf Altersteilzeit angewiesen. Doch die geförderte Altersteilzeit läuft Ende 2009 aus. Und damit würden auch alle Tarifverträge enden.

Damit die Beschäftigten, die ein Leben lang für ihr Unternehmen geschuftet haben, nicht auf der Strecke bleiben, brauchen wir aber auch in Zukunft Regelungen für flexible Altersübergänge.


### Tatsache ist:

Die Leistungsschraube in den Betrieben wird immer weiter angezogen. Die Arbeits- und Leistungsbedingungen sind eben nicht alters- und alternsgerecht gestaltet. Im Gegenteil: Der Kostenwettbewerb geht zu Lasten einer humanen Arbeitsorganisation und ergonomischer Arbeitsgestaltung

Ohne Möglichkeiten des früheren Ausstiegs gibt es über Jahre keine Chance für Jüngere. Insbesondere die Ausbildung und die Übernahme Auszubildender würde darunter leiden.

### Die Antwort ...

... heißt aber nicht „Arbeiten bis zum Umfallen“. Wir brauchen intelligentere Antworten. Die Ta-



Bezirk  
Baden-Württemberg

**NEUE** Wege für gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente sind notwendig. Die Tarifparteien wollen dies 2008 angehen. Unabhängig von unserer bestehenden Kritik an der Rente mit 67 wollen wir **REGELUNGEN** finden, wie solch ein flexibler Übergang gestaltet werden kann. Voraussetzung für die Verhandlungen sind aber gesetzliche Rahmenbedingungen, die solche Modelle überhaupt erst möglich machen. **FÜR** die Beschäftigten, die nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können, brauchen wir flexible **ALTERSÜBERGÄNGE**, damit sie nicht arbeiten müssen bis zum Umfallen. Hier ist die Politik in der Pflicht und muss dringend ihren Teil leisten. Setzen Sie sich als unser/e Bundestagsabgeordnete/r für neue und flexible Altersübergangsmodelle ein. Es ist höchste Zeit! Warten Sie nicht, handeln Sie **JETZT!**

*Unter anderem mit einer Postkarte wollen die Metallerrinnen und Metaller im Südwesten ihre Abgeordneten im Bundestag auf den dringenden Handlungsbedarf zu Altersübergängen aufmerksam machen.*

tarifparteien der Metall- und Elektroindustrie wollen das 2008 angehen. Aber bevor in Verhandlungen neue Wege für gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente gesucht werden können, muss der gesetzliche Rahmen stehen. **Nur dann werden**

**solche Modelle überhaupt erst möglich.**

### Unsere Forderungen an den Gesetzgeber

■ **ALTERSTEILZEIT FORTSETZEN**  
Die Steuer- und Abgabefreiheit von Aufstockungsbeträgen zur

Altersteilzeit muss bleiben. Auch in Zukunft soll die Beschäftigungsbrücke bei Einstellung von Jüngeren oder der Übernahme Auszubildender durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden.

#### ■ **TEILRENTE AUSBAUEN**

Verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Teilrente und das Absenken des frühesten Zugangs zu dieser Rentenart auf 60 Jahre. Auch hier sollten Aufstockungsbeträge des Arbeitgebers für die Beschäftigten steuer- und abgabefrei sein.

#### ■ **ERLEICHTERTER AUSGLEICH VON RENTENABSCHLÄGEN**

Es muss nicht nur ein Ausgleich der Abschläge, sondern auch fehlender Erwerbsjahre durch den Arbeitgeber ermöglicht werden.

### Jetzt Druck machen!

Die Option des früheren Ausscheidens zu fairen Bedingungen und mit einer ausreichenden Altersversorgung ist Kern unserer Forderung. Doch bevor sich in den Verhandlungen mit Südwestmetall im kommenden Jahr etwas bewegt, muss sich die Politik bewegen. Die Abgeordneten sind in der Pflicht und müssen für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen.

**Deshalb müssen wir jetzt Druck machen! Schreibt Eure Bundestagsabgeordneten an – Postkarten hierfür stellt die IG Metall zur Verfügung.**

Verbraucherkosten schnellen weiter in die Höhe

# Stoppt die Preistreiber

Der diesjährige Tarifabschluss hat den Beschäftigten ein ordentliches Plus auf die Gehaltszettel gebracht. Das sollten wir uns nicht nehmen lassen. Auch nicht von offensichtlich profitgierigen Energieunternehmen.

## Preistreiber Energiekonzerne

Eine Ursache für die gefühlte Ebbe im Geldbeutel sind die gestiegenen Preise. Allein im September sind die Verbraucherpreise nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Baden-Württemberg um 2,5 Prozent gestiegen. Als Hauptpreistreiber sind die Energiekonzerne glasklar auszumachen. Sie haben im vergangenen Jahr über 10 Prozent auf ihre Preise aufge-

schlagen. Drastisch teurer wurde Gas (+17,7 Prozent), Heizöl (+10,7 Prozent) und Kraftstoffe (+6,5 Prozent). Insgesamt haben sich die Ausgaben der Haushalte für Energie in den letzten sechs

## Nettolohn für alle Beschäftigten gesunken

Zahlen aus dem Bundesministerium für Arbeit haben eine heftige Debatte über die Nettolohnentwicklung in Deutschland losgetreten. Demnach ist der Nettoeinkommen (nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben und unter Berücksichtigung der Preisentwicklung) gesunken und steht heute auf einem Niveau wie vor etwa 20 Jahren.

Jahren um durchschnittlich 400 Euro pro Jahr erhöht.

## Konsequenzen ziehen

Das macht deutlich: die von der Politik betriebene Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge geht in die völlig falsche Richtung. Den Verbrauchern winken keine günstigeren Prei-

se, sondern ihnen droht blanke Abzocke.

Höhere Profite für privatisierte Staatsbetriebe bedeuten aber noch lange keine bessere Versorgung der Bevölkerung. Weiteren Privatisierungsanstrengungen muss ein Riegel vorgeschoben werden.

## Ausbildungsmarkt: Zahl der Altbewerber steigt weiter an Bugwelle nimmt zu



Laut der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat sich die Situation auf dem baden-württembergischen Lehrstellenmarkt 2007 deutlich entspannt.

Soweit, so falsch. Wischt man die statistische Kosmetik beiseite, sieht man, dass ein Großteil des Zuwachses an Ausbildungsplätzen auf die von der BA geförderten außerbetrieblichen Berufsausbildung entfällt. Lediglich 37 303 der insgesamt 83 405 Bewerberinnen und Bewerber haben in Baden-Württemberg einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten.

Das ist aber nicht nur auf die Anstrengungen der Wirtschaft und schon gar nicht den Ergebnissen des Ausbildungspaktes zurück zu führen. Unterstützt wurde die Entwicklung von einem Sonderprogramm für außerbetriebliche Ausbildungsplätze für Altbewerber des Verwaltungsrats der BA, das auch vom DGB getragen wurde.

Da sich in den vergangenen Jahren die Zahl der Altbewerber, die infolge der Ausbildungsmisere unversorgt geblieben sind, zu einer gewaltigen Bugwelle aufgebaut hat, ist die Gesamtbilanz auf dem Ausbildungsmarkt noch immer nicht ausgeglichen. Auch in diesem Jahr ist der Anteil der Altbewerber weiter gewachsen. Inzwischen ist jeder zweite Jugendliche ein Altbewerber (46,8 Prozent).

Deshalb brauchen wir Investitionen in Bildung, um Jugendlichen Perspektiven zu bieten. Dazu gehört aber auch eine Stärkung der betrieblichen Ausbildung. Die Unternehmen müssen wieder mehr in Ausbildung investieren, zusätzliche Ausbildungsstellen aufbauen und die Azubis dann auch übernehmen. So wird auch der von der Wirtschaft selbst verursachte und ewig bejammerte Fachkräftemangel schnell beseitigt.



## Falsche Rentenpolitik

## Rente mit 67 weiter in der Kritik

Unser Widerstand gegen die Rente mit 67 hat mit dem Bundestagsbeschluss nicht aufgehört. Wir streiten weiter für sinnvolle Alternativen. Eine Antwort auf diese falsche Politik können wir der Regierung bei der nächsten Bundestagswahl geben. Die Entscheidung muss zum fixierten Termin 2010 überprüft werden!

